

Anwesend:

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussvorsitzender Marvin Hager
Stellv. Ausschussvorsitzende Christina Heide
Stellv. Ausschussmitglied Birgit Holtz

Mitglied CDU-Fraktion

Stellv. Ausschussmitglied Martin Ehlers
Ausschussmitglied Thomas Suberg

Mitglied Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW

Ausschussmitglied Darwin Reinhard
Ausschussmitglied Dr. Uwe Weithöner

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Ausschussmitglied Petra Stomberg

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Ausschussmitglied Walther Schäfer

Mitglied AfD-Fraktion

Grundmandat Thorsten Moritze

Elternvertreterin

beratendes Mitglied Doris Voges

Ev.-luth. Kirche

beratendes Mitglied Claudia Lehnort

Jugendhilfe

Stimmberechtigter Sachverständiger (Vertretung) Matthias Böcker
Stimmberechtigter Sachverständiger Rainer Lauermann
Stimmberechtigter Sachverständiger Rüdiger Schaarschmidt
Stimmberechtigter Sachverständiger (Vertretung) André Schulze-Lindbergh
beratendes Mitglied Ulrike Luhmann
beratendes Mitglied Jasmin Meiners
beratendes Mitglied Dr. Eva Maria Haarmann

Gleichstellungsbeauftragte

beratendes Mitglied Nicole Biela

Leiter des Jugendamtes

beratendes Mitglied (kraft Amtes) Jörg Ratzmann

Stadtjugendpfleger

beratendes Mitglied Jan Gerjets

Vertreterin der Interessen ausländischer Kinder u. Jugendlicher

beratendes Mitglied Hildegard Biermann

Es fehlte entschuldigt

Ausschussmitglied Manuel Baruschke

Ausschussmitglied Heidi Bosse

Stimmberechtigter Sachverständiger Alexander Witton

Stimmberechtigter Sachverständiger Andreas Koût

Stimmberechtigte Sachverständige Ilona Margowski-Möhlmann

Stimmberechtigter Sachverständiger Klaus Puschmann

beratendes Mitglied Inga Schollenberger

beratendes Mitglied Gabriele Willich

beratendes Mitglied Elisabeth Witt

beratendes Mitglied Andreas Bolten

beratendes Mitglied Janine Caspers

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 11.09.2024
- 4 Vorstellung des Jugendzentrums POINT
- 5 Vorlagen an den Jugendhilfeausschuss
- 5.1 Antrag CDU-Fraktion: Waffenverbotszonen um Schulen sowie in und um **572/2024**
Jugendeinrichtungen
- 5.2 Antrag Gruppe Die BUNTEN: "Änderung Hauptsatzung (Antragsbehandlung des **568/2024**
Jugendparlaments)"
- 5.3 Strategie Wilhelmshaven/Friesland **279/2024**
- 5.4 Antrag Gruppe Die BUNTEN: "Änderung der Geschäftsordnung des **569/2024**
Jugendparlaments"
- 6 Mitteilungen und Anfragen
- 6.1 Ergebnisse der Umsetzung der neuen Staffelung der Kostenbeiträge für die
Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten in der Stadt Wilhelmshaven
- 6.2 Budget- und Produktbericht
- 6.3 Bericht zur Veranstaltung "Frag doch mal das Jugendamt!"
- 6.4 Informationen über die Neuausrichtung des Vereins für kommunale Prävention (VKP)
- 6.5 Ist-Stand zum Umzug der Einrichtung für unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA)
- 6.6 WZ-Aktion 2024

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Hager eröffnet die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Hager schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 5.2 und 5.3 zu tauschen, damit Frau Dr. Haarmann zur Beratung der Strategie Friesland/Wilhelmshaven anwesend sein kann.

Die Zustimmung zur Tagesordnung erfolgt einstimmig.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 11.09.2024

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 11.09.2024 wird genehmigt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

4 Vorstellung des Jugendzentrums POINT

Teresa Scheuer und Gerd Tholen begrüßen alle Anwesenden im Jugendzentrum Point. Das Jugendzentrum sei ein offenes Angebot für Kinder und Jugendliche von acht Jahren bis Mitte 20. Es werde täglich von etwa 45 Personen aufgesucht. Schwerpunkte der Arbeit seien Beratungs- und Freizeitangebote.

Auf Nachfrage von Frau Stomberg erklärt Frau Scheuer, dass die Bedarfe mit der aktuellen personellen Besetzung von zwei Stellen kaum gedeckt werden können und eine bessere finanzielle sowie personelle Ausstattung wünschenswert seien. Frau Stomberg bittet alle Anwesenden, das in den kommenden Haushaltsberatungen zu berücksichtigen. Herr Gerjets pflichtet bei, dass für die geringen Mittel, die die Stadt zur Verfügung stelle, sehr viel geleistet werde.

5 Vorlagen an den Jugendhilfeausschuss

5.1 Antrag CDU-Fraktion: Waffenverbotszonen um Schulen sowie in und um Jugendeinrichtungen **572/2024**

Herr Ehlers trägt den Antrag der CDU-Fraktion vor.

Anhand der anliegenden Präsentation stellt Herr Gerjets dar, dass er hinsichtlich der Freizeitstätten keinen Bedarf für eine Waffenverbotszone sehe, vielmehr bestehe die Gefahr, dass durch das Aufstellen der Schilder die Gebiete um Jugendzentren als Kriminalitätsschwerpunkte wahrgenommen würden. Herr Stahl von der Polizeidirektion Friesland/Wilhelmshaven hingegen zeigt auf, dass es um Schulen eine Zunahme der Delikte gegeben habe und die Polizei den Antrag befürworte. Zwar gebe es einen Waffenverbotserlass, der für das Schulgelände gelte, um Schulen herum jedoch gelte aktuell kein besonderer Schutz. Die Umsetzung der Kontrollen sei Aufgabe der Waffenkontrollbehörde, die Polizei werde lediglich bei Bedarf hinzugezogen.

Unter Beteiligung von Herrn Moriße, Herrn Gerjets, Herrn Stahl, Herrn Reinhardt, Frau Biermann, Herrn Ehlers, Frau Stomberg, Herrn Dr. Weithöner, Frau Heide, Frau Biela, Herrn Schönfelder, Herrn Suberg und Herrn Ratzmann wird der Antrag fachlich diskutiert. Herr Hager fasst zusammen, dass insbesondere die Stigmatisierung hinsichtlich der Freizeitstätten im Antrag noch zu wenig Berücksichtigung gefunden habe. Bei der Erstellung einer Satzung sei das Einbeziehen der Stadtjugendpflege, der Polizei sowie der Schulen notwendig. Sollten desbezüglich keine Änderungen seitens der CDU vorgenommen werden, behalte er sich das Einbringen eines Änderungsantrags vor.

Herr Ehlers bedankt sich für die facettenreiche Diskussion und erinnert daran, dass die Detailfragen zur Umsetzung im Zuge der Erstellung eines Satzungsentwurfs durch die Stadtverwaltung geklärt werden.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

1. Die Stadt Wilhelmshaven errichtet dem Grundsatz nach um alle Schulen der Stadt Wilhelmshaven sowie in den und um die Jugendeinrichtungen Wilhelmshavens Waffenverbotszonen.
2. Die räumliche Ausdehnung und den zeitlichen Umfang dieser Waffenverbotszonen beschließt der Rat der Stadt Wilhelmshaven nach Vorlage eines entsprechenden Satzungsentwurfes durch die Verwaltung.
3. Der Satzungsentwurf ist bis zum Ende des ersten Quartals 2025 durch die Verwaltung in den Rat einzubringen.

Begründung:

Jedes Kind und jede/r Jugendliche hat das Recht auf eine gewaltfreie Zeit in der Schule, sowie auf dem Weg zur und von der Schule sowie in den Jugendeinrichtungen der Stadt. Das Mitführen von Waffen oder gefährlichen Gegenständen, ob durch Schüler oder andere Personen, steht diesem Anspruch diametral entgegen.

Die Einrichtung der Waffenverbotszonen dient dem Schutz der Kinder und Jugendlichen auf dem Weg zur und von der Schule und in Jugendeinrichtungen der Stadt. Für die Schulen hat das Land Niedersachsen bereits ein Waffenverbot erlassen (RdErl. d. MK v. 27. 10. 2021 — 36.3-81 704/03 —).

Die Einrichtung der Waffenverbotszonen ermöglicht es, im Umfeld der Schulen und Jugendeinrichtungen die Einhaltung dieses Waffenverbots zu kontrollieren und durchzusetzen. Darüber hinaus bietet sie der Polizei die Möglichkeit, anlasslose Personenkontrollen durchzuführen, um die Einhaltung des Waffenverbots zu überprüfen.

Die Rechtsgrundlage für dieses Waffenverbot findet sich in § 42 Abs. 6 Nr. 3 und 4 Waffengesetz in Verbindung mit § 5 Abs. 2 DVO-WaffR sowie in Verbindung mit §§ 1 und 55 NPOG sowie § 10 NKomVG.

5.2 Antrag Gruppe Die BUNTEN: "Änderung Hauptsatzung 568/2024 (Antragsbehandlung des Jugendparlaments)"

Frau Stomberg stellt den Antrag vor und erklärt zur Begründung, dass Jugendliche mehr Mitbestimmung brauchen. Herr Dr. Weithöner, Herr Gerjets, Frau Heide, Herr Hager und Herr Ehlers befürworten den Antrag und die Idee, dem Jugendparlament zu ermöglichen, Anträge an den Rat zu stellen.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt

1. § 9 der Hauptsatzung wie folgt zu ändern:

Ergänzung zu Absatz (5):

Der bisherige Absatz (5) soll um folgenden Satz ergänzt werden:

„Anträge die durch das Jugendparlament Wilhelmshaven eingereicht werden, sind als Anregungen oder Beschwerden gemäß § 34 NKomVG zu behandeln. Abweichend von der sonstigen Regelung sind diese nicht durch den Verwaltungsausschuss, sondern öffentlich durch den Rat der Stadt Wilhelmshaven zu beraten und zu beschließen.“

2. Die Verwaltung passt die Geschäftsordnung des Jugendparlaments an und legt sie dem Rat zur Beschlussfassung in der Dezembersitzung 2024 vor.

Begründung:

Gemäß § 36 NKomVG sollen Gemeinden und Samtgemeinden Kinder und Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die deren Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen. Der Gesetzgeber fordert damit eine Beteiligung der jungen Generation, die über die allgemeine Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner hinausgeht. Das Jugendparlament Wilhelmshaven hatte in der Vergangenheit das Gefühl keine Anträge für eine Ratssitzung stellen zu können, die für die Interessen der Jugendlichen von großer Bedeutung waren. Diese Anträge sollten eine umfassendere Behandlung im Rat erfahren.

Nach Rücksprache mit dem Ersten Stadtrat wäre diese Lösung möglich!

Wir müssen das Jugendparlament stärken, die Jugendlichen gehen uns immer weiter verloren. Die sind seit 6 Sitzungen beschlussunfähig!

5.3 Strategie Wilhelmshaven/Friesland

279/2024

Herr Schwanke stellt die Beschlussvorlage 279/2024 vor. 2021 habe es einen Ratsbeschluss in Wilhelmshaven und einen Kreistagsbeschluss in Friesland gegeben, dass das Regionalmanagement der Wirtschaftsförderung einen Strategieplan erstelle, um einen roten Faden im politischen Handeln sicherzustellen. Mit Bürgerbeteiligung und politischer Partizipation seien die angegebenen sieben strategischen Ziele zusammengestellt worden. Eine zentrale Idee sei es, einen Strategierat aus Ehrenamtlichen als beratendes Gremium für die Politik einzusetzen. Frau Dr. Haarmann verweist auf die konstruktive Zusammenarbeit ehrenamtlicher beratender Mitglieder und Politiker im Jugendhilfeausschuss und stellt klar, dass der Strategierat lediglich eine beratende Funktion habe und über Beschlüsse weiterhin durch den Rat entschieden werde. Frau Dr. Haarmann erklärt, dass der Strategierat sich zum Ziel gesetzt habe, Beratungsprozesse nicht zu verzögern. Frau Heide, Herr Dr. Weithöner, Herr

Schönfelder, Herr Reinhardt, Herr Ehlers, Frau Dr. Haarmann, Herr Ratzmann und Herr Schwanke diskutieren über die strategischen Ziele, die Rolle des Strategierats und die im Strategieplan enthaltenen Leuchtturmprojekte.
Der Beschlussvorlage wird mehrheitlich zugestimmt.

Beschluss:

-mehrheitlich zugestimmt-
5 Ja-Stimmen
1 Gegenstimme
4 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

- I. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt mit dem Landkreis Friesland die gemeinsame Strategie für die „Grüne Region am Meer“ (Anlage A). Sie basiert auf folgenden strategischen Zielen:
 1. Wir sind eine offene Gesellschaft mit einem starken Engagement für Mensch, Natur und Kultur.
 2. Wir erkennen relevante Transformationsprozesse und nutzen die sich daraus ergebenden Chancen.
 3. Wir sorgen für Lebensqualität, Wohlbefinden und touristische Erlebnisse.
 4. Wir sorgen für eine hochwertige und inklusive Bildung in der Region.
 5. Wir sorgen für Wertschöpfung in der Region und etablieren eine starke, nachhaltig agierende Wirtschaft.
 6. Wir verstärken die Zusammenarbeit in einer vernetzten und zugänglichen Region.
 7. Wir nehmen unsere besondere Verantwortung für das UNESCO-Weltnaturerbe Niedersächsisches Wattenmeer aktiv wahr.
- II. Benannte Projekte und Projektideen haben keine Bindungswirkung für den Haushalt der Stadt Wilhelmshaven. Die Umsetzung der in den Handlungsfeldern benannten Leuchtturmprojekte ist vorrangig und prioritär zu prüfen.
- III. Für die Umsetzung der Strategie werden die im beigefügten Strategiedokument benannten Strukturen und Prozesse beschlossen. Notwendige Beschlüsse werden entsprechend in die Gremien eingebracht. Die Verwaltungen koordinieren in Zusammenarbeit mit dem Regionalmanagement in der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven mbH die Strategieumsetzung.
- IV. Die Strategie gilt für einen Zeitraum von sechs Jahren. Im sechsten Jahr ist auf Basis einer Evaluation durch den Rat

über eine Fortschreibung zu entscheiden

V. Dem Strategierat gehören an:

- Vorsitzende/r
- Handlungsfeldverantwortliche
- Projektleiter Regionalmanagement
- Hauptverwaltungsbeamte Wilhelmshaven und Friesland
- jeweils zwei Mitglieder der Fachausschüsse in Wilhelmshaven und in Friesland

Für den Vorsitz und als Handlungsfeldverantwortliche werden für den Strategiezeitraum folgende Personen benannt:

Handlungsfeld	Verantwortliche/r
Vorsitz	Dr. Eva Maria Haarmann
1 - Gesellschaft, Engagement und Zusammenhalt	Ali Kara-Ali
2 – Chancen der Transformation	Prof. Dr. Karsten Oehlert
3 - Lebensqualität, Gesundheit und Tourismus	Anke Hieronymus
4 – Wissenschaft, Bildung und Fachkräfte	Anke Theiler
5 – Wertschöpfung und Wirtschaft	Britta Bartels
6 - Mobilität und Verkehrswende	Hans-Bernd Kamps
7 - Verantwortung Weltnaturerbe	Michèle Gürth

Der Strategierat gibt sich eine Geschäftsordnung, welche den Gremien zur Kenntnis gegeben wird.

5.4 Antrag Gruppe Die BUNTEN: "Änderung der Geschäftsordnung des Jugendparlaments" **569/2024**

Herr Dr. Weithöner stellt aufgrund der Redundanz zu Antrag 568/2024 einen Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbefassung. Mit einer Gegenstimme wird der Geschäftsordnungsantrag angenommen.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

6 Mitteilungen und Anfragen

6.1 Ergebnisse der Umsetzung der neuen Staffe- lung der Kostenbeiträge für die Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten in der Stadt Wilhelmshaven

Anhand der angehängten Auswertung stellt Herr Ratzmann die Ergebnisse der Einstufung der Elternbeiträge in neun Stufen vor. Bis zum 01.11. habe das Jugendamt insgesamt 397 Einstufungen vorgenommen. Etwa 50 – 100 Anträge liegen noch nicht vollständig vor und sind daher in der Auswertung nicht enthalten. Herr Schönfelder erfragt, wie sich das Gesamtaufkommen der Anträge verändert habe und um wieviel Be- bzw. Entlastung es sich handle. Unter Beteiligung von Frau Nass (Stadtelternrat Kita), Frau Voges, Herrn Ratzmann und Herrn Schönfelder wird die Datengrundlage diskutiert. Herr Hager bittet um Nachlieferung der Zahlen in der kommenden Sitzung und um Informationen zum weiteren Verfahren.

Frau Hacke erklärt, dass der Auftakt zur Novellierung der Kindertagespflege- Satzung am 16.11. stattfinde, drei Folgetermine seien bereits in Planung.

6.2 Budget- und Produktbericht

Anhand der anliegenden Präsentation stellt Herr Ratzmann den Budget- und Produktbericht vor. Die wesentlichen Produkte seien bekanntermaßen Heimerziehung, Vollzeitpflege, Kitas und Eingliederungshilfe. Das Jugendamt rechne zum aktuellen Zeitpunkt mit einem Defizit von 2,2 Mio. €. Herr Weithöner erinnert sich an einen Überschuss im Vorjahr und erfragt, was mit diesem passiert sei. Frau Hacke erklärt, dass dieses Geld im Deckungskreis durch das Sozialamt genutzt wurde. Dass in diesem Jahr kein Überschuss zustande käme, sei da aufgrund der Inflation und der Tarifsteigerungen absehbar gewesen.

6.3 Bericht zur Veranstaltung "Frag doch mal das Jugendamt!"

Frau Heide stellt einen Vertagungsantrag. Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

6.4 Informationen über die Neuausrichtung des Vereins für kommunale Prävention (VKP)

Herr Ratzmann informiert den Ausschuss darüber, dass der VKP mit Marnie Menkens eine neue Geschäftsführerin habe, die in der nächsten Sitzung in den Jugendhilfeausschuss komme und ihre Ideen zur Neuausrichtung des Vereins vorstelle.

6.5 Ist-Stand zum Umzug der Einrichtung für unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA)

Herr Ratzmann erklärt, dass die von WiKi und Waisenstift geführte UMA-Einrichtung aus Jever nun in das ehemalige Sankt-Willehad-Hospital gezogen sei. Die Zusammenarbeit habe sehr gut funktioniert.

6.6 WZ-Aktion 2024

Herr Ratzmann informiert, dass auch in diesem Jahr die Weihnachts-Spendenaktion der Wilhelmshavener Zeitung stattfinde. In diesem Jahr soll das Verteilen der Gutscheine jedoch früher starten, da dies in der Vergangenheit ein Kritikpunkt gewesen sei.

gez.

Schönfelder
Erster Stadtrat

gez.

Hager
Vorsitzender

gez.

Homma
Protokollführerin